

Antrag 32/II/2023**Jusos Brandenburg****Der/Die Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung****Schaffung einer Vermögensobergrenze zur Stärkung der Demokratie und für eine gerechtere Gesellschaft – Deutschland braucht keine Milliardäre**

1 Die SPD-Brandenburg setzt sich für die Einführung
2 einer Vermögensobergrenze von einer Milliarde Eu-
3 ro beim Privatvermögen ein. Darüber hinaus wird
4 die SPD-geführte Bundes- und Landesregierung auf-
5 gefordert, gesetzliche Maßnahmen zur Umsetzung
6 dieser Vermögensbegrenzung zu ergreifen, um den
7 maximal zulässigen Betrag des Privatvermögens ei-
8 ner einzigen Person zu begrenzen.

9

10 Begründung

11 Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutsch-
12 land zeigt eine erhebliche Ungleichheit bei der
13 Verteilung des Gesamtvermögens. Laut dem Deut-
14 schen Institut für Wirtschaftsforschung besitzen
15 die reichsten 10% der Bevölkerung etwa 67% des
16 Gesamtvermögens. Noch besorgniserregender ist,
17 dass das vermögendste ein Prozent der Bevölke-
18 rung über ungefähr 35% des Gesamtvermögens in
19 Deutschland verfügt.

20 Die unkontrollierte und stetig wachsende Konzen-
21 tration von Geld- und Produktionsmitteln in den
22 Händen weniger stellt eine große Herausforderung
23 dar, um die Probleme von Millionen von Menschen
24 und ihrer belasteten natürlichen Umwelt effektiv
25 und nachhaltig zu bewältigen. Die damit einherge-
26 henden Machtverhältnisse haben in der Geschich-
27 te kontinuierlich eine der größten Hindernisse für
28 den globalen Frieden, soziale Arbeitsmarktpolitik
29 und die Beseitigung der Armut dargestellt. Ohne
30 eine grundlegende Lösung dieser Problematik wer-
31 den jegliche Maßnahmen zur Verbesserung der Le-
32 bensbedingungen sowie zur demokratischen Ent-
33 wicklung auf der ganzen Welt kaum nachhaltig er-
34 folgreich sein. Daher stellt die Bewältigung dieser
35 Problematik auch für die heutige Generation eine
36 zentrale historische Herausforderung dar. Die Ein-
37 nahmen aus dieser zukünftigen Vermögensbegren-
38 zung sollen, angelehnt an die Einkommenssteuer,
39 dem Bund, den Bundesländern und den Gemeinden
40 gemeinsam zugutekommen.

41 Um dieser Situation entgegenzuwirken, schlagen
42 wir die Einführung einer Vermögensobergrenze vor,

Eine Vermögensobergrenze ist verfassungswidrig.

43 die das maximal zulässige Privatvermögen einer
44 Person begrenzt. Dabei soll das Unternehmensver-
45 mögen ausgenommen sein. Instrumente wie die
46 Enteignung von Vermögen, die diese Obergrenze
47 überschreiten, sowie eine Erbschaftssteuer oder ei-
48 ne progressive Einkommensbesteuerung könnten in
49 Betracht gezogen werden, um eine gerechtere Ver-
50 mögensverteilung zu fördern.

51 Eine Lösung wäre beispielsweise die
52 Mehrheitsfähig-machung einer Einkommens-
53 vollversteuerung durch eine Reform des aktuellen
54 Steuerkonzepts. Eine Einkommensvollversteuerung
55 bezieht sich auf eine progressive Besteuerung, bei
56 der der Steuersatz mit steigendem Einkommen
57 ansteigt. Derzeit gibt es oft eine Obergrenze, ab der
58 der Steuersatz nicht weiter erhöht wird, selbst bei
59 sehr hohen Einkommen. Eine solche Obergrenze
60 ließe sich leicht ändern, indem der Einkommen-
61 steuersatz auch bei sehr hohen Einkommen weiter
62 ansteigt. Eine solche Steuer hätte den Effekt, den
63 Vermögenszuwachs großer Vermögen zu begren-
64 zen und gleichzeitig die Steuerlast gerechter zu
65 verteilen. Zusätzlich könnte eine solche Steuer
66 dazu beitragen, den problematischen Luxuskonsum
67 einzuschränken, der oft auch ökologisch bedenklich
68 ist.